

Linksextremistisch induzierter Hooliganismus

Überlegungen zum Umgang mit der „Schanzen-Gewalt“

In der letzten Zeit tritt – anlässlich des 1. Mai und der „Schanzenfeste“ – auch in Hamburg verstärkt ein Phänomen auf, das nicht nur den Sicherheitsbehörden zu schaffen macht: Am Rande und nach politischen Demonstrationen tobt sich ein jugendlicher Mob aus, der extrem gewaltbereit und – unter Alkoholeinfluss – stark enthemmt ist und auch vor gefährlichen Angriffen auf Menschen nicht zurückschreckt. Die Auswahl der Angriffsziele ist unbestimmt. Die angerichteten Schäden sind groß; für die kommenden „Events“ muss das Schlimmste befürchtet werden, da selbst der Angriff auf eine Polizeiwache und einzelne Polizeibeamte nicht tabu ist.

Eine defensive, zurückhaltende Polizeistrategie, die bei linksextremistischen Akteuren gelegentlich zur Mäßigung beitragen kann, bleibt hier wirkungslos; der gewonnene Handlungsspielraum wird für Gewaltexzesse ausgenutzt. Wir haben es hier mit immer jüngeren Tätern zu tun, die einer rationalen Ansprache kaum zugänglich sind und bei denen ein politisches Motiv nicht feststellbar ist. Sie treten auf den Plan, weil sie „geil auf Gewalt“¹ sind; weshalb ich vorschlagen möchte, von „Hooliganismus“ zu sprechen. (Zur Eigentümlichkeit der Hooligans gehört ein kultisches Verhältnis zur Gewalt und das Auftreten bei oder am Rand von Großveranstaltungen.)

Mit dem Phänomen hat auch die linksextreme Szene ihre Probleme. Zumindest ihre bewussteren Vertreter scheinen erkannt zu haben, dass die eigenen politischen Ziele durch einen aggressiven, betrunkenen jugendlichen Mob – der auch für sie nicht mehr erreichbar ist – diskreditiert werden. Es handelt sich also nicht um politisch gesteuerte Gewalt, sondern um einen politisch kaschierten Hooliganismus, der sich anlässlich einer politischen Veranstaltung entlädt; nicht planmäßig erzeugt, sondern induziert. Die Differenzen zwischen den Milieus sollten nicht unterschätzt werden; ein mafiöses Jugendmilieu lässt sich von Antifa und Anti-Imperialisten nichts mehr sagen, und diese wiederum sind auf Abgrenzung bedacht. Da die radikale Linke selber in revolutionären Gewaltphantasien schwelgt, befindet sie sich einem Dilemma: Einerseits kann sie sich nicht von den Gewaltexzessen öffentlich abgrenzen, andererseits erkennt sie das Unpolitische an diesem Hooliganismus und wird für seine Auswirkungen mitverantwortlich gemacht. Die politischen Akteure wissen im Grunde, dass sie bei zukünftigen Aktionen nicht mehr Herren der Lage sein werden, sondern eigentlich nur noch die wenig ruhmvolle Rolle des Brandstifters spielen.

Noch schwieriger wird die Gesamtsituation dadurch, dass die deutsche Öffentlichkeit die ritualisierten Gewaltausbrüche zum 1. Mai und anderen Gelegenheiten inzwischen mit bestimmten großstädtischen Räumen assoziiert und diese somit selber zu „Kultstätten“ werden. Diese Wahrnehmung hat sich für Berlin-Kreuzberg verfestigt; das Hamburger Schanzenviertel ist auf dem Weg dahin. Die Veranstalter der politischen Aktionen wissen längst, dass ihre Veranstaltungen regelmäßig in Gewaltausbrüchen münden; aber die Täter können sich auch des Beifalls einer Szene sicher sein, die dem „Event“ voyeuristisch beiwohnt. Die Straftäter handeln also keineswegs isoliert vom gesellschaftlichen Umfeld, wie dies bei „normaler“ Kriminalität der Fall ist, sondern können sich zumindest einer gewissen passiven Zustimmung sicher sein. Hilfeleistung für bedrohte Einzelpersonen, zumal wenn sie uniformiert sind, geht von

¹ Bill Buford: Geil auf Gewalt. München (Hanser) 1992.

einem solchen Publikum nicht aus. Auch wenn dieses wahrscheinlich ein libertäres, antistaatliches und „linkes“ Weltbild pflegt, sind die geistesgeschichtlichen Parallelen zum frühen Faschismus – mit seiner Gewalt- und Kriegsarbeit² – kaum zu übersehen.

Die zeitweilige Übermacht der Gewalttäter beim letzten 1. Mai und das Gefühl, dass die Polizei sich nicht mehr zu zeigen traut, hat nicht nur bei den Bewohnern, sondern auch in den linksalternativen und linksliberalen Medien zu einer neuen Diskussion geführt – auch in internen Mitgliederforen z.B. bei der GAL. Hier schilderten Eltern die Gefühle, die sie hatten, als sich vor ihren Fenstern der jugendliche, vermummte Mob mit Steinen bewaffnete und für geraume Zeit kein Polizist zu sehen war.

Diese Entwicklung könnte die Grundlage für die Herausbildung einer verantwortungsbewussten progressiv-bürgerlichen Gegenöffentlichkeit zu den Geschehnissen und anzunehmenden Wiederholungen bilden. Die Funktion einer solchen Gegenöffentlichkeit im „Quartier“ und der übrigen Stadt könnte darin liegen, den inneren Frieden als positives Ziel zu definieren und im spezifischen Bewusstsein der Nachbarschaft zu verankern. Wenn dies gelingen soll, muss eine solche Strategie auf die Befindlichkeiten der Anwohnerschaft Rücksicht nehmen. Dazu gehört auch eine erfolgversprechende Kommunikationsstrategie.

Es ist *eine* Sache, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten; eine *andere*, den erwünschten Zustand sprachlich und in Bildern zu kommunizieren. Von „Ordnung“ und „Sicherheit“ zu *reden* bedeutet in dieser gesellschaftlichen Umgebung, das Risiko der politischen Selbstisolation auf sich zu nehmen. Ebenso würde eine öffentliche Polemik gegen das „Chaos“ wie eine hilflose Fensterrede wirken – gerichtet lediglich an jene Teile der Großstadtgesellschaft, die von der Sache gar nicht direkt betroffen sind.

„Chaos“ und „Ordnung“, „Bürgerkrieg“ und „Sicherheit“ lösen bei jedem sozialen Milieu ganz eigene Werte-Assoziationen aus. Ein fünfzigjähriger Bewohner der Schanze, der sich mental in der Nebenrealität des trotzigen jugendlichen Rebellen eingerichtet hat, wird in derselben bestärkt, wenn Vertreter des Staates diese Assoziationen in der politischen Öffentlichkeit mobilisieren. Ähnliche Mechanismen werden auf der Seite der Akteure bedient, wenn deren – im Grunde armseliges und verzweifertes – Tun in der öffentlichen Kommunikation mit pathetischen, hochsymbolischen Wörtern wie „Krieg“ vergoldet wird.³

Hilfreich dagegen wäre es, an ein solches Bewusstsein heranzukommen und es im besten Falle auch wirksam zu erschüttern durch eine Definition der Vorgänge in einem anderen Wertekontext. Wenn der Frieden im Quartier als eine positive Vorstellung vermittelt werden kann, die sich mit dem spezifischen Lebensgefühl derjenigen verbindet, die hier leben wollen, kann der kritische Dialog mit jenen Kräften aufgenommen werden, die ihn durch ihre Gewaltrituale gefährden. Dieser Dialog ist als Kampagne eines Bürgervereins, einer Bürgerinitiative, eines zeitweiligen Zusammenschlusses usw. vorstellbar und könnte sich z.B. konkretisieren in einer bewuss-

² Zeev Sternhell u.a.: Die Entstehung der faschistischen Ideologie. Von Sorel zu Mussolini. Hamburg 1999.

³ Das kennen wir auch vom Rechtsextremismus, der aus der strafrechtlichen Verfolgung und gesellschaftlichen Ächtung für sich eine positive Selbstdeutung zieht (Heroentum, Auserwähltheit, kommen des Reich, Kampf gegen Fremdherrschaft usw.).

ten Ansprache der politischen Akteure, die den Gewalttätern das Terrain bereiten. Es muss gelingen, die Erkenntnis zu vermitteln, dass es nicht revolutionär ist und auch nicht „politisch“, eine Situation herbeizuführen, in der betrunkene Jugendliche und Jungerwachsene „sinnlos“ Gewalt ausüben; dass es – mit anderen Worten - nicht sonderlich verantwortungsvoll ist, als planendes denkendes Kollektiv junge Menschen in eine Situation zu bringen, in der sie andere und sich selbst erheblich schädigen können. Wir sollten optimistisch davon ausgehen, dass das Selbstwertgefühl und der politische Ehrenkodex der Gruppen, mit denen hier zu reden ist, es im Grunde nicht zulassen, Betrunkenheit und individualistische Aggressionsabfuhr als politisch schützenswerte oder gar erwünschte Verhaltensformen zu rechtfertigen. Auch bewusstzumachen, dass die so entfesselte Gewaltausübung eine zeitweilige Macht ergreifung ist, in deren Folge sich Mafia-Strukturen im Viertel einnisten können, muss den revolutionären Geist verunsichern.

Das könnte Thema einer öffentlichen Versammlung sein, auf der die politisch denkenden Menschen des Viertels für kommende Aktionstage Präventionsziele festlegen oder – alternativ – auf der eine verantwortungsbewusste Nachbarschaft den extremistischen Akteuren Friedensverhandlungen anbietet, in deren Verlauf die psychosoziale Problemdimension bearbeitet wird.

Schon erste Schritte in diese Richtung würden einen nützlichen Effekt haben: Die Option auf einen neuen Gewaltausbruch würde von nicht-staatlicher Seite öffentlich problematisiert. Die Organisatoren hätten einen „zivilen“ Gegenpart, im Viertel verankert, der ihnen „auf Augenhöhe“ und im politischen Dialog widerspräche. Wichtig ist die Offenheit auf der Seite der bürgerlichen Herausforderer: „Wir wollen mit euch reden.“ Höchstwahrscheinlich ist es notwendig, - den Kulturmittlern im interkulturellen Dialog vergleichbar – Personen zu finden, die als „Dolmetscher“ des gemeinsamen Friedenswillens auftreten.

Wenn diese Strategie ausgearbeitet ist und eine organisatorische Basis dafür steht, wird der politisch-moralische Druck auf die involvierten extremistischen Gruppen erheblich sein. Allein das Bewusstsein, beim Publikum, das die Aktionen bislang artig und passiv beobachtete, umstritten zu sein, sät Zweifel. Und diese sind bekanntlich das beste Mittel der Entradikalisierung.

Kurt Edler